

# Spenden und Ehrenamt, Vereine und Stiftungen

## Wozu braucht man das?

*Stefan Nährlich*

Sich bürgerschaftlich, oder wie man meist noch sagt, sich ehrenamtlich zu engagieren, gilt gemeinhin als gute Sache. Kindern und Jugendlichen z. B. zu besseren Bildungschancen zu verhelfen, sich für eine intakte Umwelt einzusetzen oder ältere Menschen zu betreuen, dagegen ist nichts einzuwenden. Aber ist das auch notwendig? Braucht man dazu Vereine und Stiftungen, oder können dies nicht auch andere Institutionen erledigen, z. B. Unternehmen oder staatliche Behörden? Welchen spezifischen Beitrag erbringen gemeinnützige Organisationen, und wie entstehen sie überhaupt?

Jenseits vom gelegentlich attestierten Gutmenschentum und Vereinsmeierei erfüllen, so will dieser Beitrag zeigen, engagierte Bürger und gemeinnützige Organisationen bestimmte Funktionen in einer Gesellschaft, die hier nachfolgend überblicksartig skizziert werden.

## Bürgerschaftliches Engagement trägt zum Bruttosozialprodukt bei und zu „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ (Volkswirtschaftliche Funktion)

Es war das große Verdienst des internationalen Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project, das ab den 1990er Jahren auf die sozioökonomische Bedeutung des sogenannten Dritten Sektors der Vereine, Stiftungen und anderen gemeinnützigen Organisationen aufmerksam gemacht hat. Die Länderstudie Deutschland machte die Konturen eines gesellschaftlichen Bereichs sichtbar, in dem 1990 neben vielen ehrenamtlich Engagierten auch mehr als eine Million Menschen (Vollzeitäquivalent) hauptamtlich beschäftigt waren und dessen Gesamtausgaben sich auf rund 100 Millionen DM beliefen (Anheier 1997, S. 34). Neben Spenden und Mitgliedsbeiträgen werden diese Ausgaben hauptsächlich durch Zuwendungen der öffentlichen Hand, Leistungsentgelte der Kostenträger im Sozial- und Gesundheitsbereich sowie selbst erwirtschaftete Mittel in Form von Gebühren und Entgelten finanziert. Auch heute lassen sich nicht viel mehr als Konturen erkennen, da es noch keine regelmäßigen und vergleichbaren statistischen Daten gibt (Schwarz 2011).

Doch die wenigen vorliegenden Zahlen deuten darauf hin, dass bürgerschaftliches Engagement auch eine volkswirtschaftliche Bedeutung hat. So geben die Deutschen im Jahr mit über sieben Milliarden Euro so viel Geld für ihre Vereinsmitgliedschaften aus wie für Körperpflegemittel. Privatpersonen und Unternehmen

spenden pro Jahr fast sechs Milliarden Euro für gemeinnützige Zwecke, doppelt so viel Geld wie die Filmbranche in Deutschland Umsatz macht. Neben Privatpersonen tragen jährlich auch Unternehmen und insbesondere Finanzunternehmen wie Genossenschaftsbanken, Sparkassen und Privatbanken zum Volumen der privaten Beiträge für das Gemeinwohl bei. Hinzu kommen Erträge aus den Vermögen von Stiftungen, Abgaben für gemeinnützige Zwecke aus den Spielbeiträgen in Lotterien sowie Bußgelder, die zugunsten gemeinnütziger Organisationen von Gerichten verhängt werden.

Private finanzielle Beiträge für das Gemeinwohl pro Jahr		
Mittelherkunft	Betrag in Euro	Quellen
Private Spenden	3,67 Mrd.	Statistisches Bundesamt
Mitgliedsbeiträge	7,25 Mrd.	Statistisches Bundesamt
Spenden von Unternehmen	1,50 Mrd.	Forsa-Umfrage
Spenden von Banken	0,75 Mrd.	BVR, Deutsche Bank, DSGVO
Erträge aus Stiftungsvermögen	3,00 Mrd.	McKinsey & Company
Lotteriemittel	2,00 Mrd.	McKinsey & Company
Bußgelder	0,10 Mrd.	McKinsey & Company
Gesamt	18,27 Mrd.	

Quelle: Aktive Bürgerschaft e.V.

Nicht nur das finanzielle, auch das zeitlich erbrachte ehrenamtliche Engagement hat eine volkswirtschaftliche Bedeutung. So hat ein Marktforschungsinstitut für den Engagementatlas 2009 ausgerechnet, das in Deutschland rund 4,6 Milliarden Stunden ehrenamtliche Arbeit pro Jahr geleistet werden. Bei einem in der Untersuchung angenommenen Stundenlohn von 7,50 Euro tragen damit engagierte Bürger jährlich eine Arbeitsleistung im Wert von nahezu 35 Milliarden Euro zum Gemeinwohl bei (Prognos 2008).

Den Ansatz, bürgerschaftliches Engagement auch volkswirtschaftlich zu berücksichtigen, greift die kürzlich eingesetzte Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ auf. Sie soll Antworten auf die Frage finden, wie Wohlstand auch anhand von Bildungschancen und Bildungsniveaus, Gesundheit, gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, Umwelt- und Ressourcenschutz und anderen Einflussfaktoren bewertet werden kann. An dieser Aufgabe arbeiten auch Fachleute für bürgerschaftliches Engagement mit. Umfragen deuten darauf hin, dass ehrenamtliches Engagement, das gemeinsam mit anderen Menschen ausgeübt wird, positive Effekte auf Lebenszufriedenheit, Glücksempfinden und Lebensdauer hat.

## Gemeinnützige Organisationen erbringen zielgruppennahe soziale Dienstleistungen zwischen Subsidiarität, Sozialwirtschaft und Wohlfahrtspluralismus (Dienstleistungsfunktion)

Bürgerschaftliches Engagement ist in vielen Ländern, auch in Deutschland, eng verbunden mit dem Bereich sozialer Hilfen. Diese Verbindung beruht zum einen auf einer historischen Entwicklung, zum anderen aber auch auf dem gewollten und ordnungspolitisch gestalteten Miteinander privater und staatlicher Akteure.

Mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert und ihren sozialen Folgen nahm auch der Umfang sozialer Hilfen zu. Staatliche Fürsorge, private Wohltätigkeit und Selbsthilfe, aber auch das soziale Engagement von Unternehmen wuchsen. In der Weimarer Republik entstand das bis heute fortbestehende (und seit den 1990er Jahren um privatgewerbliche Anbieter ergänzte) duale System öffentlicher und privater Wohlfahrtspflege, in dem die Wohlfahrtsverbände und ihre Einrichtungen und Dienste eine wichtige Rolle im Bereich personenbezogener sozialer Dienstleistungen spielen. Das der katholischen Soziallehre entstammende Subsidiaritätsprinzip hat ihnen bis in die 1990er Jahre einen Vorrang vor staatlichem Handeln zuerkannt (Backhaus-Maul/Olk 1995).

Gemeinnützigen Organisationen kommt als nicht-kommerziellen und nicht-staatlichen Anbietern sozialer Dienstleistungen eine wichtige Funktion zu. Als lebensweltliche Vereine sind sie eingebettet in korrespondierende Milieus, verfügen damit einerseits über spezifische Informationen und Zugang zu sozialen Problemlagen, andererseits auch über zielgruppenbezogene Kenntnisse notwendiger und bedarfsgerechter sozialer Hilfen sowie Ansätzen zur Lösung gesellschaftlicher Probleme. Da gemeinnützige Organisationen historisch vor staatlichen Institutionen und Unternehmen entstanden sind, wurden sie zu Maklern zwischen identifizierbaren Gebern und nicht identifizierbaren, anonymen Empfängern wie „den“ Armen, „den“ Kranken usw. (Anheier 1995, S. 28). Insbesondere dort, wo gemeinnützige Organisationen neue Themen und gesellschaftliche Anliegen aufgreifen, kommt ihnen damit eine Pionierfunktion und ein Vorsprung hinsichtlich spezifischer Kenntnisse zu.

Stiftungen und Vereine sind nicht Teil des Staats und der Verwaltungslogik, sie können daher flexibler und unbürokratischer agieren und reagieren. Anders als bei Unternehmen steht nicht die Gewinnerzielung im Vordergrund, weshalb die Zielgruppen nicht nach Kaufkraft, sondern nach Bedürftigkeit ausgewählt werden können. Dem Gewinnentnahmeverbot bei gemeinnützigen Organisationen wird ein positiver Effekt auf die Qualität der Leistung zugeschrieben, da kein Anreiz zu Gewinnsteigerungen besteht (Nährlich 1998). Die Frage, ob z. B. Hospize staatlich, gemeinnützig oder gewerblich organisiert sein sollten, mag dies veranschaulichen. Da gemeinnützige Organisationen nicht nur steuerbegünstigt sind, sondern auch von bürgerschaftlichem Engagement in Form von Spenden und ehrenamtlicher Arbeit getragen werden, sind solcherart erbrachte soziale Dienstleistungen zudem auch kostengünstiger.

Als intermediäre Organisationen zwischen Markt, Staat und Familien waren die Wohlfahrtsverbände gleichzeitig lebensweltliche Vereine, die bestimmten normativen Vorstellungen, Traditionen und Sozialmilieus verpflichtet sind, sowie Produzenten sozialer Dienstleistungen und sozialanwaltlich tätige

Verbände. Veränderungen in der Organisationsumwelt, wie die Erosion und Ausdifferenzierung ihrer Milieus, die zunehmende Verrechtlichung und Bürokratisierung der sozialen Arbeit durch die enge Zusammenarbeit mit dem Staat und die ab den 1990er Jahren durch den Gesetzgeber eingeführten Wettbewerbselemente zur Kostenbegrenzung haben die Arbeitsweisen und Funktionslogiken der Wohlfahrtsverbände nachhaltig von Wertegemeinschaften zu Unternehmen der Sozialwirtschaft verändert (Rauschenbach/Sachße/Olk 1995; Arnold/Maelicke 2009).

Vertreter des Wohlfahrtspluralismus-Ansatzes plädieren angesichts des Trends zu Standardisierung und arbeitsteiligen Großsystemen von sozialen Hilfen zu einem flexiblen Anbietermix, der am Einzelfall orientierte, passgenaue Hilfen bietet. Hierzu zählen neben staatlichen Behörden und kommerziellen Dienstleistern auch gemeinnützige Anbieter und informelle Hilfen aus dem Bereich von Familien und Nachbarschaften. Dabei geht es vor allem um einen Mix, der die jeweiligen Stärken der verschiedenen institutionellen Varianten zum Tragen bringt (Evers/Heinze/Olk 2011).

## Gemeinwohlunternehmer und kollektive Akteure sind Träger sozialen Wandels und gesellschaftlichen Fortschritts (Gesellschaftliche Innovationsfunktion)

Sozialhistoriker haben darauf hingewiesen, dass gesellschaftliche Modernisierungsprozesse keine eigendynamischen, aus sich selbst heraus stattfindenden Vorgänge sind, sondern das Ergebnis handelnder kollektiver Akteure. Die erste Organisationsform eines kollektiven Akteurs war der Verein. Als Assoziation, Klub oder Gesellschaft bezeichnet, ermöglichte er im 18. Jahrhundert auf Basis einer satzungsmäßigen Ordnung erstmals von seinen Mitgliedern selbst organisierte Zusammenschlüsse über alle bisherigen gesellschaftlichen Schranken, Stände, beruflichen und konfessionellen Bindungen hinweg und beförderte so die Ablösung der Ständegesellschaft (Zimmer 1996, S. 38).

Soziale und neue soziale Bewegungen wie beispielsweise die Bewegung zur Befreiung der Sklaven, die Arbeiterbewegung und die Friedens-, Ökologie-, Anti-Atomkraft-Bewegungen hatten oder haben organisatorische Strukturen und Kerne, vielfach Vereine aber auch Stiftungen. So unterstützte z. B. die Ford Foundation die Bürgerrechtsbewegung in den USA; die Bewegungstiftung, initiiert von vermögenden Erben, fördert die Bekämpfung der Ursachen gesellschaftlicher und politischer Probleme. Auch viele Bürgerstiftungen verbinden ihr lokales Engagement für Bildung, Jugend oder Integration mit dem Anspruch „Change instead of Charity“. In der Verbindung von Stiftungsvermögen und persönlichem bürgerschaftlichen Engagement gelten sie selbst als institutionelle Innovation und tragen zur Modernisierung der Stiftungslandschaft bei (Nährlich/Strachwitz 2005).

Die Unabhängigkeit der Stiftungen von Vorgaben staatlicher Haushaltspolitik einerseits und von Markterwartungen andererseits macht es Stiftungen möglich, dass sie bestimmte Interessen, die zwischen privaten und öffentlichen Belangen angesiedelt sind, aufgreifen und fördern können (Anheier/Appel 2004).

Obwohl gerade Stiftungen als besonders geeignet gelten, zur Pluralität und institutionellen Vielfalt moderner Gesellschaften beizutragen, legen Untersuchungen den Schluss nahe, dass die Verbreitung und Erprobung innovativer Ideen und das Vorantreiben gesellschaftlichen Wandels nicht ganz oben auf der Agenda der Stiftungen in Deutschland stehen (Adloff 2004).

Zimmer (2009) weist darauf hin, dass die Organisationen der Zivilgesellschaft eingebettet sind in soziale, ökonomische und politische Rahmenbedingungen, die wesentlich die Rolle bestimmen, die Vereine und Stiftungen in einer Gesellschaft einnehmen. Im liberalen Modell der angelsächsischen Länder kommt der Zivilgesellschaft eine wichtige Kontrollfunktion gegenüber Staat und Verwaltung zu, während im sozialdemokratischen Modell Skandinaviens ein starker Staat eine aktive Zivilgesellschaft garantiert, die wiederum zur Vertiefung der Demokratie beiträgt. Das subsidiäre Modell, das sich in Ländern mit großem Anteil von Katholiken an der Bevölkerung – wie u. a. in Deutschland – findet, zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass gemeinnützige Organisationen in das wohlfahrtsstaatliche System fest eingebunden sind. Was angesichts der tiefgreifenden sozialen und ökonomischen Veränderungen in den westlichen Industriestaaten die Zukunftsfähigkeit der drei Modelle angeht, attestiert Zimmer dem liberalen Modell die geringsten Adaptionsprobleme.

Gesellschaftliche Modernisierungsprozesse sind das Ergebnis handelnder kollektiver Akteure. Doch wie entstehen solche Zusammenschlüsse? In der Wissenschaft wurde bereits früh auf die Bedeutung von religiös, ethisch oder altruistisch motivierten Unternehmerpersönlichkeiten für die Entstehung von gemeinnützigen Organisationen hingewiesen. Danach werden diese mit dem primären Ziel gegründet, Überzeugungen, religiöse Auffassungen oder normative Einstellungen zu etablieren und zu verbreiten. „We believe that a key feature of nonprofit-production is ideology. This may stem from religious faith, from a secular vision of a just society, from a belief in a particular theory of education or child development, to name just a few possible resources“ (James/Rose-Ackermann 1986, S. 51). Diese Perspektive hebt die ideelle Zielsetzung gemeinnütziger Organisationen hervor und ordnet ihre konkrete Arbeit, ihre Projekte und Maßnahmen als Mittel zum Zweck ein. Solchen Unternehmerpersönlichkeiten – die Literatur spricht von Moral-, Gemeinwohl- oder Sozialunternehmern – verdanken viele gemeinnützige Organisationen ihr Entstehen. Johann Hinrich Wichern zum Beispiel gründete 1848 die Innere Mission und sah hierin die protestantische Antwort auf die Soziale Frage des 19. Jahrhunderts. Das persönliche Engagement für den Schutz der Umwelt des Kanadiers David McTaggart führte 1979 zur Gründung von Greenpeace International. Weltweit unterstützt die gemeinnützige Organisation Ashoka Personen, die neue Ideen zur Lösung eines gesellschaftlichen Problems haben. Die Schwab Stiftung zeichnet mit ihrem Social Entrepreneur Award jährlich solche Menschen aus.

## 60 Bürgerschaftliches Engagement und freiwillige Vereinigungen produzieren soziales Kapital und schaffen Voraussetzungen für freiheitliche Gesellschaften (Demokratiefunktion)

Zu einer funktionierenden und lebendigen Demokratie gehört mehr als politische Parteien und rechtsstaatliche Institutionen. Demokratie lebt vom Ehrenamt, stellte der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss, fest.

Warum es für diese Feststellung gute Gründe gibt, schrieb in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts der französische Publizist und Politiker Alexis de Tocqueville in seinen Reiseberichten „Über die Demokratie in Amerika“: Überall wo man in Frankreich die Regierung und in England einen großen Herrn an der Spitze eines neuen Unternehmens sieht, wird man in den Vereinigten Staaten mit Bestimmtheit eine Vereinigung finden (zitiert in: Zimmer 1996, S. 59).

Diese freiwilligen Vereinigungen, so stellt der von den Folgen der Französischen Revolution mit Terror, Diktatur und Restauration geprägte de Tocqueville fest, seien die Grundpfeiler der Demokratie. Das amerikanische Demokratieverständnis beruht auf individuellen Freiheitsrechten, welche die Amerikaner durch freiwillige Zusammenschlüsse mit jeweils Gleichgesinnten zu vertreten und schützen wissen. Und da es bei der unübersehbaren Vielfalt von Assoziationen für die unterschiedlichsten Zwecke auch zu Zusammenschlüssen gegen genau jene Zwecke kommt, entsteht ein System von Macht und Gegenmacht, das eine Zentralgewalt oder Diktatur verhindere. Gleichzeitig erzieht dieses System den Bürgersinn der Amerikaner von klein auf, bürgerschaftliches Engagement gilt als Bürgertugend und Bürgerpflicht. Insofern ähnelt die deutsche Bürgergesellschaft der angelsächsischen Civil Society zwar in ihrer deskriptiven Ausprägung von gemeinnützigen Organisationen, ehrenamtlich Engagierten, Stiftern und Spendern, weist aber deutliche Unterschiede in ihren soziokulturellen Grundlagen und Handlungsmustern auf.

Die Bedeutung freiwilliger Vereinigungen ist auch der Ausgangspunkt der international prägenden Arbeiten von Robert Putnam. In seinen Studien „Making Democracy Work“ und „Bowling Alone“ macht er soziales Kapital für die Effektivität und Effizienz demokratischer Institutionen verantwortlich (Putnam 1993, 2000). Der Sozialkapitalansatz von Robert Putnam basiert auf den Elementen Vertrauen, Verlässlichkeit in ein ausgewogenes Geben und Nehmen und Einbindung in soziale Netzwerke durch bürgerschaftliches Engagement. Erklärt wird die Funktion von Sozialkapital damit, dass Individuen durch ein Engagement, z. B. in Vereinen, eine Kultur der Gegenseitigkeit und des Miteinanders erlernen, diese Erfahrungen und Verhaltensweisen generalisieren und auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausdehnen. Vertrauen macht sie zu guten Nachbarn, Staatsbürgern und Geschäftspartnern; auch, so Braun (2009), in zunehmend individualisierten und heterogenen Gesellschaften.

In Deutschland wird mit der Formulierung vom Ehrenamt als sozialem Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält, häufig auf das sogenannte Böckenförde-Theorem Bezug genommen. Der ehemalige Verfassungsrichter stellte die Frage nach den gesellschaftlichen Bindungskräften und formulierte: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Nun ist Religion, wie Offe (2008) anmerkt,

nicht die einzige Ressource, die Bindung erzeuge. Während Offe mit Wirtschaftswachstum argumentiert, rekurren Münkler und Loll (o. J.) mit bürgerschaftlichem Engagement und bürgerlichen Tugenden, die neben die Freiheit des Individuums auch dessen Mitverantwortung für das Gemeinwohl setzen. Diese Gemeinwohltugenden kann der Staat nicht selbst erzeugen, sie müssen aus sich selbst heraus reproduziert werden. Es gebe, so Münkler und Loll, gute Gründe für die Annahme, dass sich bürgerschaftliche Tugend vor allem dann reproduziert, wenn sie immer wieder in Anspruch genommen wird, während sie dahinschwindet, wenn man sie eher als eine zusätzliche sozialmoralische Ressource ansieht, die für Notzeiten aufgespart werden soll.

## Ausblick

Bürgerschaftliches Engagement und gemeinnützige Organisationen erfüllen bestimmte gesellschaftliche Funktionen. Sie können ihren Teil zum Wohlstand einer Gesellschaft beisteuern, können soziale Dienstleistungen bedarfsgerechter gestalten, sozialen Wandel vorantreiben und zum besseren Funktionieren demokratischer Institutionen beitragen. Das Wissen über gesellschaftliche Zusammenhänge, über Wirkungen und Effekte des bürgerschaftlichen Engagements, die Reichweite getroffener Annahmen und Theorien hat in den letzten Jahrzehnten zwar durchaus zugenommen, insgesamt sind jedoch deutliche Forschungsdefizite zu attestieren (Priller et al. 2011).

Inwieweit gemeinnützige Organisationen die ihnen zugeschriebenen Funktionen erfüllen, erfüllen können oder im Gegenteil sogar dysfunktional wirken, wird auch von den politisch gesetzten Rahmenbedingungen beeinflusst. Ob kluger Wohlfahrtsmix für bessere soziale Leistungen oder Billiglohnsektor, ob ehrenamtliches Engagement oder „Jobkiller“, ob Bürgergesellschaft oder vopolitischer Raum ist auch das Ergebnis aktiver ordnungspolitischer Gestaltung (Backhaus-Maul/Nährlich/Speth 2009). Die seit einigen Jahren betriebene Engagementpolitik durch das Bundesfamilienministerium läuft Gefahr, wichtige normative und soziokulturelle Aspekte bürgerschaftlichen Engagements zu vernachlässigen, zugunsten einer quantitativen Steigerung des Engagements und seiner Einbettung in staatliche Politik.

Bürgerschaftliches Engagement generell, insbesondere aber auch im Kontext von Service Learning, bedarf der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung über das persönliche Erleben und Erfahren der konkreten Engagementaktivitäten hinaus. Service Learning fördert idealerweise so nicht nur individuelle Bildungschancen, sondern trägt auch dazu bei, dass sich bürgerschaftliche Tugenden und bürgerschaftliches Engagement nicht nur habitualisiert reproduzieren, sondern reflektiert entwickeln.

## Literatur

Adloff, Frank: Wozu sind Stiftungen gut? Zur gesellschaftlichen Einbettung des Deutschen Stiftungswesens. In: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Vol. 32, No. 2/2004, S. 269-285.

- Anheier, Helmut K.: Vergleichende Forschung zum Nonprofit-Sektor: Vier Fragestellungen, in: Schauer, Reinbert/Helmut K. Anheier/Ernst-Bernd Blümle (Hrsg.): Nonprofit-Organisationen (NPO) – dritte Kraft zwischen Markt und Staat? Linz 1995, S. 17-39.
- Anheier, Helmut K.: Der Dritte Sektor in Zahlen. Ein sozial-ökonomisches Portrait. In: Anheier, Helmut K./Eckhard Priller/Wolfgang Seibel/Annette Zimmer (Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Markt und Staat im gesellschaftlichen Wandel, Berlin 1997.
- Anheier, Helmut K./Anja Appel: Stiftungen in der Bürgergesellschaft: Grundlegende Fragen zu Möglichkeiten und Grenzen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 14/2004, S. 8-15.
- Arnold, Ulli/Bernd Maelicke (Hrsg.): Lehrbuch der Sozialwirtschaft. 3. Auflage, Baden-Baden 2009.
- Backhaus-Maul, Holger/Stefan Nährlich/Rudolf Speth: Denkschrift Bürgergesellschaft, Berlin, [http://www.aktive-buergerschaft.de/fp\\_files/Denkschrift\\_Buergergesellschaft\\_2009.pdf](http://www.aktive-buergerschaft.de/fp_files/Denkschrift_Buergergesellschaft_2009.pdf).
- Backhaus-Maul, Holger/Thomas Olk: Von Subsidiarität zu „outcontracting“: Zum Wandel der Beziehungen von Staat und Wohlfahrtsverbänden in der Sozialpolitik, in: Streeck, Wolfgang (Hrsg.): Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 25, Staat und Verbände, 1995, S. 100-135.
- Braun, Sebastian: Assoziative Lebenswelt, bindendes Sozialkapital und Wahlgemeinschaften des Geschmacks. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 22 (3) 2009, S. 76-87.
- Evers, Adalbert: Zivilgesellschaft, Engagement und soziale Dienste. In: Olk, Thomas/Ansgar Klein/Birger Hartnuß (Hrsg.): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, Wiesbaden 2010, S. 282-302.
- Evers, Adalbert/Rolf G. Heinze/Thomas Olk: Einleitung: Soziale Dienste – Arenen und Impulsgeber sozialen Wandels. In: Adalbert Evers et al. (Hrsg.): Handbuch Soziale Dienste, Wiesbaden 2011, S. 9-33.
- James, Estelle/Susan Rose-Ackerman: *The Nonprofit Enterprise in Market Economics*, London 1986.
- Münkler, Herfried/Anna Loll: Das Dilemma von Tugend und Freiheit. Die Notwendigkeit von Eigenverantwortung in einer funktionierenden Bürgergesellschaft. In: *Betrifft: Bürgergesellschaft* Nr. 17, Friedrich-Ebert Stiftung, Bonn, <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/02846.pdf>.
- Nährlich, Stefan/Rupert Strachwitz: Zur Standortbestimmung von Bürgerstiftungen und Zivilgesellschaft. In: Stefan Nährlich et al. (Hrsg.): Bürgerstiftungen in Deutschland – Bilanz und Perspektiven, Wiesbaden 2005, S. 9-23.
- Nährlich, Stefan: Was sind die und was bleibt von den Besonderheiten der Nonprofit-Organisationen? Eine Betrachtung aus Sicht der Neuen Institutionenökonomie. In: *Arbeitskreis Nonprofit-Organisationen* (Hrsg.): Nonprofit-Organisationen im Wandel. Das Ende der Besonderheiten oder Besonderheiten ohne Ende? Frankfurt/Main 1998, S. 225-250.
- Offe, Klaus: Über Voraussetzungen des freiheitlichen Staates. Variationen über ein Thema von E.W. Böckenförde. In: Offe, Klaus/Christoph Sachße (Hrsg.): *Soziale Demokratie, Zivilgesellschaft und Bürgertugenden*, Frankfurt/Main 2008, S. 65-71. Priller, Eckhard/Mareike Alscher/Dietmar Dathe/Rudolf Speth (Hrsg.): *Zivilengagement. Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft*, Münster 2011.
- Prognos AG: *Engagementatlas 2009*, [http://zukunftsfonds.generalideutschland.de/online/CMSDelivery-Portlets/servlet/contentblob/314342/309602/3/data/Engagementatlas%25202009\\_PDF\\_Version.pdf](http://zukunftsfonds.generalideutschland.de/online/CMSDelivery-Portlets/servlet/contentblob/314342/309602/3/data/Engagementatlas%25202009_PDF_Version.pdf).
- Putnam, Robert D.: *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton 1993.
- Putnam, Robert D.: *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*, New York 2000.
- Rauschenbach, Thomas/Christoph Sachße/Thomas Olk (Hrsg.): *Von der Wertgemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen. Jugend- und Wohlfahrtsverbände im Umbruch*, Frankfurt/Main 1995.

- Schwarz, Norbert: Zivilgesellschaft in Zahlen. Die wirtschaftliche Bedeutung des Dritten Sektors. In: Eckhard Priller/Mareike Alscher/Dietmar Dathe/Rudolf Speth (Hrsg.): Zivilengagement. Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft, Münster 2011, S. 197-207.
- Zimmer, Annette: Vereine – Basiselemente der Demokratie. Eine Analyse aus der Dritte-Sektor-Perspektive, Opladen 1996.
- Zimmer, Annette: Zivilgesellschaft und Demokratie: Drei Modelle zivilgesellschaftlicher Einbettung, in: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, Heft 3, 2009, S. 397-406.

## Autor

Dr. Stefan Nährlich, Geschäftsführer Aktive Bürgerschaft e.V., Berlin  
E-Mail: stefan.naehrlich@aktive-buergerschaft.de